

# Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Die Arbeit des Ausschusses der Regionen (AdR) im ersten Anwendungsjahr der neuen Regeln und Verfahren des im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon war durch kontinuierliche Beratungstätigkeit und durch die intensive Vernetzung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gekennzeichnet. Inzwischen ist es zu einer bewährten Routine geworden, dass Mitglieder der Kommission und auch Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Ratspräsidentschaften regelmäßig den Kontakt zum AdR suchen und an Plenartagungen und Sitzungen der Fachkommissionen teilnehmen. In den sechs Plenartagungen des Berichtszeitraums haben die 344 AdR-Mitglieder insgesamt 60 Stellungnahmen sowie vier Entschließungen und eine Empfehlung verabschiedet.<sup>1</sup>

Eine Besonderheit stellte der mehrfache Wechsel im Führungsamt des AdR im ersten Halbjahr 2010 dar. Die Regionalpräsidentin von Piemont Mercedes Bresso war im Februar 2010 mit breiter Mehrheit zur Präsidentin des AdR gewählt worden. Damit hatte erstmals eine Frau dieses wichtige Führungsamt übernommen. Da Mercedes Bresso jedoch am 29. März 2010 als Präsidentin ihrer Heimatregion nicht wiedergewählt wurde, verlor sie damit auch ihr AdR-Mandat. Deshalb übernahm der erste Vizepräsident des AdR, Ramón Vacárcel Siso (ES/EVP), für eine Übergangszeit die Führungsfunktion im AdR. In langwierigen Verhandlungen in der italienischen AdR-Delegation sowie zwischen den italienischen Regional- und Kommunalvertretungen und der italienischen Regierung konnte erreicht werden, dass Mercedes Bresso aufgrund eines ihr verbliebenen Mandats im Regionalrat von Piemont wiederum in den AdR entsandt wurde. Auf dieser Grundlage wurde sie in der Plenartagung am 9. und 10. Juni 2010 auch erneut zur AdR-Präsidentin gewählt.

Aufgrund der revolutionären Ereignisse in mehreren arabischen Ländern kam der zweiten Plenartagung der Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (Arlem), die am 29. Januar 2011 im marokkanischen Agadir tagte, besondere Bedeutung zu. Die lokalen und regionalen Vertreter riefen die Partnerländer dazu auf, im Wege der Dezentralisierung die wirtschaftliche, gesellschaftliche und territoriale Entwicklung der Region voranzutreiben. Auch künftig soll dieser Dialog und die regionale und lokale Zusammenarbeit im Mittelmeerraum fortgeführt werden.

## Arbeitsschwerpunkte

Die vom AdR verabschiedeten Stellungnahmen befassten sich sowohl mit regionalen und kommunalen Themen im engeren Sinne, wie der Stadterneuerung oder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, als auch mit allgemeinen zukunftsweisenden Fragen, wie der Überalterung der Gesellschaft oder der Reform des Gesundheitswesens. Breiten Raum nahmen auch sozial- und umweltpolitische Fragen sowie globale Probleme ein. Besondere Bedeutung kam den Beratungen des AdR zum Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2011 zu.

---

<sup>1</sup> 85.-90. Plenartagung vom 9./10. Juni 2010; 5./6. Oktober 2010; 1./2. Dezember 2010; 27./28. Januar 2011; 31. März/1. April 2011 und 11./12. Mai 2011. Ausführliche Berichte des Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa zu diesen Tagungen finden sich im Internet unter <http://lv.rlp.de/service/veroeffentlichungen/europapolitische-informationen/aktuelle-dokumente-zum-ausschuss-der-regionen/>.

Kommissionspräsident Barroso erläuterte den AdR-Mitgliedern während der Dezember-Tagung 2010 das Legislativ- und Arbeitsprogramm seiner Institution für das darauffolgende Jahr. In der ausführlichen Stellungnahme hierzu wurde das Arbeitsprogramm in insgesamt 66 Ziffern ausführlich bewertet, und es wurden eigene Schwerpunkte benannt.<sup>2</sup> Ausdrücklich begrüßt wurden die Vorschläge zur Schaffung einer Entwicklungs- und Investitionspartner-schaft zwischen der Kommission und jedem Mitgliedstaat. Positiv zur Kenntnis genommen wurde auch die geplante Einrichtung eines gemeinsamen strategischen Rahmens, durch den die EU-Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 kohärenter gestaltet werden. Die beabsichtigte Vorlage eines Weißbuchs zum Thema Renten wurde begrüßt. Bei binnenmarktbezogenen Vorschriften müsse eine horizontale Sozialklausel eingeführt werden. Bei der Ausarbeitung der Digitalen Agenda möchte der AdR in besonderer Weise einbezogen werden. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch auf Vorhaben der Kommission im Bereich Klimaschutz gelegt, da hier die regionale und kommunale Ebene einen wichtigen Beitrag leisten könne. Unterstrichen wurde auch die Bedeutung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Diese Politik muss nach Auffassung des AdR in Bezug auf die Haushaltsmittel und ihr Zusammenspiel mit der Kohäsionspolitik gestärkt werden.

Die Stellungnahme zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2011 enthält auch wesentliche Aussagen zur Reform des Eigenmittelsystems.<sup>3</sup> Nach Auffassung des AdR sollte geprüft werden, ob die Beiträge der Mitgliedstaaten durch andere Formen der Finanzierung ersetzt werden können. An Stelle der bislang an die Mehrwertsteuer geknüpften Eigenmittel könnte auf Steuern auf Finanztransaktionen, andere Finanzaktivitäten oder den Luftverkehr zurückgegriffen werden. Denkbar seien auch eigene Einnahmen der EU aus einer Energiesteuer oder einer Körperschaftsteuer.

Eine starke und ehrgeizige, allen europäischen Regionen zugängliche Kohäsionspolitik wurde vom AdR nachdrücklich unterstützt. Jede Form der Renationalisierung dieser Politik wurde ausdrücklich abgelehnt. Zudem wurde der Beitrag der Kohäsionspolitik zur Umsetzung der Europa-2020-Strategie unterstrichen. Deutlich wandte sich der AdR gegen Überlegungen der Kommission, wonach Zahlungen aus den Strukturfonds im Rahmen eines Verfahrens wegen übermäßigen Defizits eingefroren werden können sollten. Gemeinden und Regionen dürften „nicht haftbar gemacht und sollten nicht bestraft werden für die Unfähigkeit nationaler Behörden, makroökonomische Kriterien einzuhalten bzw. EU-Vorschriften ordnungsgemäß umzusetzen“ (Ziffer 10).

Wegen der Bedeutung der Reform des EU-Haushalts setzte der AdR eine ad-hoc Kommission ein, die sich am 29. Oktober 2010 und am 12. Januar 2011 traf. Dabei wurden mehrere Arbeitspapiere diskutiert und eine unter der Federführung der AdR Präsidentin Mercedes Bresso und des Vizepräsidenten Ramón Vacárcel Siso erarbeitete umfangreiche Stellungnahme zur Reform des EU-Haushalts beraten. Diese Stellungnahme wurde in der Plenarsitzung vom 31. März / 1. April angenommen.<sup>4</sup> Die dabei eingereichten 73 Änderungsanträge machten deutlich, wie politisch umstritten derartige Haushaltsfragen im Kreis der AdR-Mitglieder sind. Doch gelang dem AdR mit großer Mehrheit eine Positionsbestimmung.

Von herausragender Bedeutung war auch die Befassung des AdR mit der vom Europäischen Rat im Juni 2010 beschlossenen „Europa 2020-Strategie“. Deren Ziel ist ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Während der Plenartagung am 5. und

---

2 Siehe: Amtsblatt der EU C 42, S. 1-5.

3 Ebenda, Ziffer 3.

4 Stellungnahme zur Überprüfung des EU-Haushalts Dok. CdR 318/2010.

6. Oktober 2010 beschloss der AdR eine Stellungnahme zu dem aus seiner Sicht besonders bedeutsamen Beitrag der Kohäsionspolitik zur EU-2020-Strategie.<sup>5</sup> Die grundsätzliche Ausrichtung der Strategie wurde begrüßt. Die Kohäsionspolitik könne zu ihrer Umsetzung einen bedeutenden Beitrag leisten. Ein Schlüssel zu deren Erfolg liege in der zielgerichteten Nutzung der Potentiale der Ressourcen der lokalen und regionalen Ebene. Vorgeschlagen wird ein Territorialer Pakt mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Darin soll deren Beteiligung an der Umsetzung der Strategie festgelegt und die strukturierte Beteiligung der Gebietskörperschaften gemäß ihrer jeweiligen Zuständigkeiten ermöglicht werden. Zur Überwachung der Umsetzung der Europa 2020-Strategie richtete der AdR eine EUROPA-2020-Monitoringplattform ein, in deren Rahmen Regionen und Städte einen Beitrag zur Durchführung und Überwachung dieser Strategie leisten können.<sup>6</sup> Im April 2011 gehörten der Plattform Institutionen und Behörden aus 145 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften an.<sup>7</sup>

In der Plenartagung am 9./10. Juni 2010 beschloss der AdR einstimmig eine umfangreiche Stellungnahme zu der mit dem Vertrag von Lissabon neu eingeführten Europäischen Bürgerinitiative.<sup>8</sup> Darin wurde betont, dass diese einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Festigung der Demokratie in der EU darstelle. Aufgrund der entwickelten Instrumente komme den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der flächendeckenden und direkten Kommunikation mit den Bürgern eine Schlüsselrolle zu. Rat und Europäisches Parlament hatten den AdR aufgrund seiner Bürgernähe auch um Ideen für die bestmögliche Umsetzung dieser Initiative gebeten. Um erfolgreich zu sein, müssen die Verfahren nach Ansicht des AdR juristisch so eindeutig wie möglich und zugleich benutzerfreundlich ausgestaltet werden.

### **Subsidiaritätsüberwachung**

Seit seiner Gründung widmet der AdR der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips besondere Aufmerksamkeit. Entsprechend der Geschäftsordnung des AdR sollen alle Stellungnahmen des AdR explizit eine Aussage zur Einhaltung der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit enthalten. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 hat der AdR erstmals die Befugnis erhalten, gegen vermutete Subsidiaritätsverstöße Klage beim EuGH zu erheben. Von diesem neuen, sehr weit reichenden Recht hat der AdR bis Ende Februar 2011 jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Der AdR setzte besonderes Augenmerk auf die Informationsvermittlung zu diesem Thema und die Vernetzung der mit Subsidiaritätsfragen befassten regionalen und lokalen Akteure. Hierzu wurde ein Subsidiaritätsnetzwerk eingerichtet, dem im Februar 2011 insgesamt 128 regionale und lokale Akteure angehörten, davon 34 Landtage, Parlamente oder Vertretungen von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, 27 Regierungen aus derartigen Regionen, 32 lokale oder regionale Behörden ohne Gesetzgebungsgewalt sowie 28 regionale oder lokale Vereinigungen, vier nationale Delegationen des AdR und drei nationale Versammlungen. Ziel dieses Netzwerks ist die Erleichterung der Mitwirkung von regionalen und lokalen Akteuren an der Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes. Zu besonders bedeutsamen EU-Vorhaben werden Stellungnahmen der angeschlossenen Partner abgefragt und wechselseitig zur Verfügung gestellt. Vor allem lokale und regionale Behörden ohne größeren Verwaltungsapparat können hiervon profitieren.

---

5 Amtsblatt der EU C 15 vom 18. Januar 2011, S. 10-17.

6 Siehe zur Europa-2020-Monitoringplattform: <http://portal.cor.europa.eu/europe2020/Pages/welcome.aspx>.

7 Siehe die Auflistung der beteiligten Partner: <http://portal.cor.europa.eu/europe2020/Knowledge/Pages/Current-Members.aspx>.

8 Amtsblatt der EU C 267 vom 1. Oktober 2010, S. 57-63.

### **Die Open Days und andere Aktivitäten zur regionalen Vernetzung**

Vom 4. bis zum 7. Oktober 2010 fanden bereits zum achten Mal die in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion „Regio“ der Kommission organisierten Open Days statt. Diese standen unter dem Motto „Europa 2020: Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit und Kohäsion für alle Regionen“. Behandelt wurden u.a. der Beitrag von Regionen und Städten zur „Europa 2020-Strategie“ und der künftige Haushalt der Union. Dabei ging es vor allem auch darum, besonders gelungene Praxisbeispiele zu zeigen und auf ihre Übertragbarkeit hin zu diskutieren. Die „Open Days“ regen die beteiligten Regionen durch die Notwendigkeit zur Bildung von Zusammenschlüssen von fünf bis sieben Partnern zur regionalen Zusammenarbeit an.

Im AdR haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Regionen und Kommunen mit gleichgerichteten Interessen bereits seit langem zu Interregionalen Gruppen zusammengeschlossen. Um die Arbeit dieser Zusammenschlüsse zu erleichtern, stellt der AdR ihnen Räumlichkeiten und auch Übersetzungshilfen zur Verfügung. Zu den bereits bestehenden Interregionalen Gruppen, in denen u. a. Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REG-LEG), Weinbauregionen, von der Automobilkrise besonders betroffene Regionen oder die Makroregionen Saar-Lor-Lux, Donau und Nordsee/Ärmelkanal ihre Interessen bündeln, kam im Dezember 2010 die neue Gruppe „Gesundheit“ hinzu.

### **Zukunftsperspektiven**

Auf der Grundlage seiner mit dem Vertrag von Lissabon gestärkten Befugnisse konnte der AdR seine institutionelle Stellung erkennbar ausbauen.<sup>9</sup> Zudem hat er vielfältige Aktivitäten zur Vernetzung von Regionen und Kommunen mit gleich gerichteten Interessen entwickelt. Negativ zu vermerken ist die Tatsache, dass es dem AdR nicht gelungen ist, im Hinblick auf seine eigene künftige Zusammensetzung einvernehmlich einen Vorschlag zu entwickeln, der von der Kommission und nachfolgend auch vom Rat hätte übernommen werden können. Im Vertrag von Lissabon wird die Höchstzahl der AdR-Mitglieder auf 350 festgelegt, ohne dass präzisiert worden wäre, wie viele Mandate jeder nationalen Delegation zustehen sollten. Die hier genannte Höchstzahl von 350 würde bereits mit dem für Juli 2013 vorgesehenen Beitritt von Kroatien überschritten. Die vom AdR in seiner Plenarsitzung vom 5./6. Oktober 2010 mit Mehrheit beschlossene Empfehlung ist aus Sicht der bevölkerungsreicheren EU-Staaten kaum akzeptabel.<sup>10</sup> Im Plenum hatte sich die Interessenvertretung der kleineren und mittleren EU-Staaten durchgesetzt, die ein Erstarren der Delegationen aus den fünf größeren EU-Staaten zu ihren Lasten befürchteten. Vor allem die deutsche Delegation hatte auf einen Zuzug über die bisherigen 24 Sitze hinaus gehofft. Nunmehr ruhen die Erwartungen auf der Kommission, die hier über das Vorschlagsrecht verfügt. Allerdings werden sich Kommission und Rat damit schwertun, die Empfehlung des AdR, in der das Prinzip der demographischen Proportionalität für seine zukünftige Sitzverteilung zurückgewiesen wurde, zu ignorieren.

### **Weiterführende Literatur**

Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Die Rolle des Ausschusses der Regionen bei der Anwendung und Kontrolle der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit im Lichte der Verfassung für Europa, Luxemburg 2006.

Föhn, Cornelia, Der Ausschuss der Regionen – Interessenvertretung der Regionen Europas, München 2003.  
Hübner, Oliver Michael, Die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Entscheidungsprozess der Europäischen Union, Frankfurt/Main u.a. 2007.

---

<sup>9</sup> Siehe hierzu: Ausschuss der Regionen, Wirkungsbericht des Ausschusses der Regionen 2010, Brüssel 2011.

<sup>10</sup> Siehe hierzu die Kommentierung des EMK-Vorsitzenden Prof. Reinhart von 6. Oktober 2010 in: <http://www.euractiv.de/regionalpolitik/artikel/konflikt-um-sitze-im-ausschuss-der-regionen-003740>.